

Nun muss sie Open AI vor dem Kollaps retten

Die KI-Firma hat Superstar-CEO Sam Altman gefeuert. Wichtige Mitarbeiter gehen freiwillig. Die neue Chefin gerät in einen Sturm

Markus Städeli

Er ist das menschliche Gesicht der bekanntesten künstlichen Intelligenz der Welt gewesen, von Chat-GPT. Doch am Freitag musste der Mitgründer und bisherige CEO von Open AI, Sam Altman, Knall auf Fall den Chefessel räumen. Der Verwaltungsrat hat den 38-Jährigen abrupt auf die Strasse gestellt. Es ist ein Schock für die ganze Technologiebranche - ein Blitz aus heiterem Himmel.

Nun übernimmt die bisherige Technologiechefin Mira Murati vorübergehend einen der prestigereichsten Posten, die das Silicon Valley zu bieten hat. Möglicherweise wird die gebürtige Albanerin mit Jahrgang 1988 später definitiv mit diesem Amt betraut. Dann würde ausgerechnet Murati, die bisher kaum jemand kannte, eine der steilsten Karrieren hinlegen, die je einer Frau in der männerlastigen Technologiewelt gelungen ist.

Murati, die Albanien erst als 16-Jährige in Richtung Kanada verlassen hatte, durchlief eine der härtesten Schulen, welche die heutige Unternehmenswelt zu bieten hat: Sie war drei Jahre bei Tesla als Produktmanagerin für das Model X.

Und musste so lernen, Elon Musks berüchtigten Anfällen, seinem sogenannten «Dämonen-Modus», standzuhalten.

Wütender Microsoft-Chef

Diese Stahlbad-Lektionen werden Murati nun vielleicht helfen, wenn sie Open AI durch den Sturm lenken muss. Altmans Absetzung hat einerseits Grossinvestor Microsoft überrascht, und zwar negativ. «Microsoft-CEO Satya Nadella wurde von der Nachricht überrumpelt und war wütend», zitiert Bloomberg eine «Person, die mit seinen Gedanken vertraut ist». Offiziell versicherte Microsoft sofort, weiterhin mit Open AI und der neuen Chefin zusammenarbeiten zu wollen.

Andererseits dürfte dieser Knall eine Reihe von Schlüsselmitarbeitern dazu bewegen, dem Unternehmen den Rücken zu kehren. Innerhalb von wenigen Stunden erklärte Greg Brockman, Mitbegründer von Open AI und Präsident, dass auch er das Unternehmen verlassen werde. Er war aus dem Verwaltungsrat geworfen worden, hätte aber im Unternehmen bleiben können. In einem Beitrag auf X schrieb Brockman: «Aufgrund der heutigen Nachrichten kündige ich.»



Greg Brockman, der ebenfalls zu den Gründern der Firma gehörte, nimmt den Hut.

und in den kommenden Tagen werden wahrscheinlich weitere folgen.»

Greg Brockman bedankte sich auf X für die vielen Reaktionen und schrieb: «Bitte macht euch keine Sorgen. Uns wird es gut gehen. Grössere Dinge kommen bald.»

Forscher gehen

Natürlich werden auch Google, Meta und andere Silicon-Valley-Konzerne versuchen, Altman und wechselwillige Mitstreiter anzuwerben. Gemäss Quellen der Branchen-Website «The Information» sind am Freitagabend bereits drei hochrangige Forscher von Open AI zurückgetreten: Unter den Abtrünnigen befindet sich Jakub Pachocki, der Forschungsleiter des Unternehmens.

Neben einer unerwünschten Stärkung der Konkurrenz könnte Open AI die Trennung von Altman Schwierigkeiten beim Abschluss der laufenden Finanzierungsrunde bringen: Die Firma befindet sich gerade in Gesprächen mit Investoren über eine weitere Kapitalerhöhung. Es galt bisher als ausgemacht, dass die neuen Investitionen den Unternehmenswert auf ein Niveau von über 80 Milliarden Dollar anheben würden.

Der Verwaltungsrat geht also ein erhebliches Risiko ein mit der Absetzung von Altman, ohne dass man offiziell weiss, in welchen Punkten Differenzen bestanden. Die offiziellen Verlautbarungen lassen keinen Schluss zu, ob sich Altman etwas hat zuschulden kommen lassen.

US-Medien spekulieren unter anderem, dem Verwaltungsrat sei die forsche Kommerzialisierung von Chat-GPT zu weit gegangen.

In einem weiteren Tweet schrieb Brockman, er und das übrige Management-Team seien mit Ausnahme von Mira Murati erst über Altmans Absetzung informiert worden, nachdem diese in einem Blog-Beitrag veröffentlicht worden war. Das ist auch für amerikanische Verhältnisse

starker Tobak. «Altman werde wahrscheinlich ein anderes Unternehmen gründen und dabei mit ehemaligen Mitarbeitern von Open AI zusammenarbeiten», schreibt Bloomberg mit Verweis auf eine Quelle. «Nach Altmans Entlassung hat es eine Welle von Abgängen gegeben,

Mira Murati, bisher Technologiechefin von Open AI, übernimmt von CEO Sam Altman. (13. März 2023)

Benötigen Angestellte Schutz vor den Algorithmen ihrer Firmen?

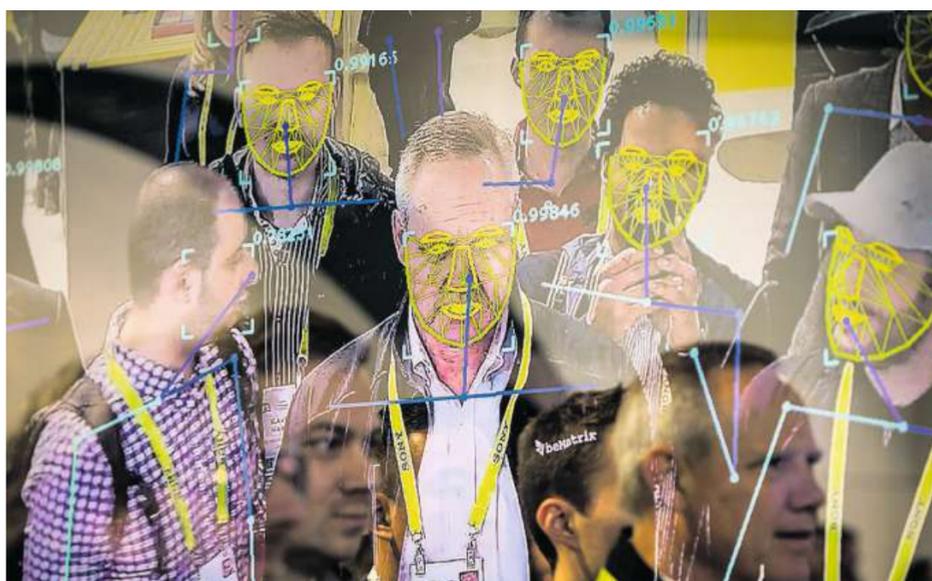
Am Arbeitsplatz nimmt die Überwachung und Steuerung durch künstliche Intelligenz rasch zu. Nun fordern Politiker, Gewerkschaften und Fachleute mehr Rechte für Angestellte.

Markus Städeli

Der Mensch hat nicht mehr das alleinige Sagen am Arbeitsplatz. Bereits eine Mehrheit der Schweizer Firmen setzt IT-Programme ein, um ihr Personal zu überwachen und zu steuern - Tendenz rasch steigend.

Diese Algorithmen treffen zum Beispiel Vorentscheidungen bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitern, Diskriminierungen können dabei nicht ausgeschlossen werden. Sie weisen uns automatisch Arbeit zu oder planen bei Logistikfirmen die effizientesten Verteilerrouten - zum Teil ohne die lokalen Verhältnisse genau zu kennen. Und sie zeichnen jeden Arbeitsschritt, jede versandte E-Mail und jedes Telefonat auf und ermöglichen so vermeintlich Rückschlüsse auf die Produktivität einzelner Mitarbeiter. Und das alles, ohne dass sich die meisten von uns der zunehmenden Überwachung und Fremdbestimmung bewusst wären.

Nach der Nichtregierungsorganisation Algorithm Watch Schweiz, die ein besonderes Augenmerk auf solche automatisierten Entscheidungssysteme hat, ist es Zeit für einen Richtungswechsel. Zusammen mit der Gewerkschaft Syndicom hat sie bei der Universität St. Gallen ein Rechtsgutachten in Auftrag ge-



Wer befindet sich wo? Wer macht was? Wer ist produktiv? Viele Firmen überwachen ihre Angestellten.

geben, das zum (gewünschten) Schluss kommt: In der Schweiz gibt es gesetzlichen Handlungsbedarf.

Mitarbeiter und ihre Vertreterorganisationen sollen mehr Mitspracherechte bekommen, wenn Arbeitgeber solche Algorithmen einsetzen. Im Jargon heissen sie Automated Decision Making Systems (ADM), eine Form von künstlicher Intelligenz. Angestellte müssten zudem transparenter informiert werden über die Funktionsweise solcher Algorithmen: welche Entscheidungen sie treffen und welche Daten sie sammeln und auswerten. Algorithm Watch und Syndicom fordern so-

gar die Einführung von Sanktionsmöglichkeiten und ein kollektives Klagerecht.

Diese Anliegen sollen nun rasch ins Parlament getragen werden. Die SP-Nationalrätin Barbara Gysi sagt, sie wolle in der Wintersession eine Motion einbringen. «Ich werde in dieser Sache über die Parteigrenzen hinweg den Kontakt suchen, auch zu meinen bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen.» Dass es in der Arbeitswelt demokratische Mitbestimmung brauche und dass diese mit der Digitalisierung noch wichtiger werde, ist schon seit längerem eine Überzeugung von Gysi. Sie hatte bereits 2020 ein entspre-

chendes Postulat eingebracht, das dann allerdings abgeschrieben wurde.

«Die Digitalisierung bringt viele Chancen, etwa indem monotone Arbeiten automatisiert werden. Doch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einbezogen werden, wenn ihre Arbeitsplätze umgestaltet oder gar Stellen abgebaut werden», sagt Gysi. «Zudem sollen sie sicher sein können, dass sie nicht überwacht werden und dass ihre Autonomie nicht verschwindet.» Gesetzgeberisch habe die Schweiz da Nachholbedarf.

Diese Meinung teilt Isabelle Wildhaber, Professorin an der Universität St. Gallen für Privatrecht und Wirtschaftsrecht. Sie ist Co-Autorin des Gutachtens, steht aber nicht im Verdacht, gewerkschaftsnahe zu sein. «Das Schweizer Arbeitsrecht ist liberal und wirtschaftsfreundlich und soll das auch bleiben. Daran würde sich aber nichts ändern, wenn Unternehmen gegenüber einer Arbeitnehmervertretung gewisse Informations- und Konsultationspflichten hätten», sagt Wildhaber.

Sie weist daraufhin, dass das Schweizer Mitwirkungsgesetz im internationalen Vergleich «durchsetzungsschwach» sei. «Das ist in Fachkreisen und in der Politik bereits seit 20 Jahren ein Thema.» Mit der Digitalisierung ändere sich die Arbeitswelt nun massiv und Mitarbeitende könnten von ihrem Arbeitgeber durch und durch vermessen und durchleuchtet werden. «Deshalb ist es jetzt an der Zeit, die kollektiven Mitwirkungsrechte zu stärken.» Die europäischen Datenschutz-

gesetze bieten schon heute einen gewissen Schutz vor besonders übergreifenden ADM-Systemen. Der eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte habe gerade in einer schriftlichen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass das Datenschutzgesetz auch auf künstliche Intelligenz anwendbar sei, sagt Wildhaber. «Das ist richtig und zwingt die Unternehmen zur Vorsicht.»

Die Universität St. Gallen hat in empirischen Studien festgestellt, dass das Datenschutzgesetz wie ein Puffer gegen die unangemessene Anwendung von ADM-Systemen am Arbeitsplatz wirkt. «Unternehmen nutzen gewisse Anwendungen in Europa nicht, die sie in Amerika oder Asien einsetzen, weil sie Respekt vor den datenschutzrechtlichen Bussen haben», so die Professorin. Allerdings basiert das Datenschutzgesetz auf einer individuellen Durchsetzung. «Das heisst, dass einzelne Arbeitnehmer bei einer Datenschutzverletzung gegen ihren Arbeitgeber vorgehen müssten, und das ist natürlich selten realistisch.»

Erschwerend kommt laut Wildhaber dazu, dass fast die Hälfte aller Mitarbeitenden keine Ahnung hat, welche Daten über sie gesammelt und analysiert werden. «Gemäss unseren Studien wird die Belegschaft auch nur in 9 Prozent aller Fälle konsultiert, bevor ein ADM-System eingeführt wird. Umso wichtiger sind kollektive Rechtsmittel, die der Belegschaft das Recht geben, verständlich informiert zu werden und gegebenenfalls Einsprache zu erheben.»

Barbara Gysi



Die SP-Nationalrätin will in der Wintersession eine Motion einreichen, die Mitarbeitern mehr Rechte einräumen soll.